

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung  
des Rates  
vom 28.11.2019**

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 22:16 Uhr

**Anwesend sind:**

**Entschuldigt fehlen:**

**Einwohnerfragestunde**

RV Leefers eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Es werden keine Fragen gestellt.

Die Einwohnerfragestunde wird geschlossen.

**TOP 1      Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen      VorlNr.**  
**Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

RV Leefers eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**TOP 2      Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden      VorlNr.**  
**Anträge**

---

Bgm Weber liegt ein Hinweis der CDU-Fraktion vor, dass der TOP 13 „Antrag der CDU / Freie Wähler-Fraktion vom 20.05.2019 zur Einrichtung einer Fahrradstraße in der Goethestraße“ vertagt werden soll.

RH Dr. Rinck teilt mit, dass die CDU-Fraktion einen Ratsantrag gestellt habe, zur Verweisung. Er fragt, ob dieser Antrag heute verwiesen werden könne, oder in der Sitzung im Dezember.

Bgm Weber erwidert, dass mehrere Ratsanträge eingegangen seien. Er weist auf die Geschäftsordnung hin, dass Ratsanträge, die in der Sitzung mit aufgenommen werden sollen, 12 Tage vorher eingegangen sein müssen.

RH Gori bittet um Erweiterung bei TOP 5 zu einer Umbesetzung in einem Fachausschuss.



## 2. Umweltschutzausschuss

hinzugewähltes Mitglied: (SPD)

Julian Räke

## 3. Wirtschaftsförderungs- und Fremdenverkehrsausschuss:

hinzugewähltes Mitglied: (SPD)

Ingo Krampitz

### **TOP 7 Errichtung einer Oberstufe an der Integrierten Gesamtschule (IGS) Rotenburg (Wümme) zum Schuljahresbeginn 2020/2021**

VorlNr.  
0593/2016-2021/1

Bgm Weber erinnert an die Historie zur Diskussion der integrierten Gesamtschule mit Beschlussfassung zur Einrichtung in 2009 und der seit 2014 umgesetzten Realisierung. Weiter bezieht er sich auf die Beratung zur Einrichtung einer Oberstufe an der IGS im vergangenen Jahr mit einer negativen Entscheidung und der vorgetragenen Gegenargumente, die in der Zwischenzeit widerlegt worden seien. Mittlerweile seien in der zehnten Klasse der IGS knapp 100 Jugendliche in E-Kursen, mit der Berechtigung, in einer Oberstufe eingebunden zu werden. Er dankt allen, die an dieser positiven Entwicklung der IGS gearbeitet haben. Dies ist der Grund, dass ein zweiter Antrag der Schule gestellt worden sei. Dies habe er an den Rat der Stadt weitergesteuert. Er verdeutlicht, dass öffentlich diesbezüglich sein Demokratieverständnis kritisiert worden sei, da er diesen Antrag weitergegeben habe und betont, dass dies seine Pflicht als Schulträger sei, der er nachgekommen ist. Er habe stets versucht, den Schulfrieden zu erhalten. Im Folgenden bezieht er sich auf die Ratssitzung vom 15.08.2018 und erinnert auch an die davor stattgefundene Demonstration. Daraufhin sei mit den Schulleitungen der IGS, BBS und des Ratsgymnasiums hinsichtlich eines 2- und 3-Oberstufenmodells beraten worden, in der die Auswirkungen für alle drei Schulen dargestellt worden seien. Die Ratsmitglieder seien entsprechend unterrichtet worden. Er bedauert, dass sein Angebot, das komplexe Thema mit den Fraktionen gemeinsam zu bewerten, abgelehnt worden sei. Nur die SPD und die Grünen zeigten Interesse. Die Ergebnisse habe er dann mitgeteilt. Das Ratsgymnasium könne herausgenommen werden, da hier nicht mehr als ein Schüler im Jahr von der Realschule zum Gymnasium wechsele. Der Schnitt der letzten zehn Jahre liege bei 0,5. Bei der BBS habe sich herausgestellt, dass für die Oberstufe in 2019 ca. 160 Schüler\*innen und im Jahr davor 261 Schüler\*innen gemeldet gewesen seien. Hier sei festzustellen, dass ca. 40 Schüler\*innen aus Rotenburg kommen und etwa 10-20 pro Jahrgang vermutlich weiterhin von der IGS dorthin zur Oberstufe wechseln werden. Damit komme die BBS weiterhin auf über 140/150 Schüler\*innen. Die BBS habe trotz allem dargestellt, dass von einer 7-Zügigkeit 3-4 Profile verloren gehen, da pro Klasse 22 Schüler\*innen zuzuordnen seien. Jedoch liege ihm vor, dass z.B. bei nur 11 Anmeldungen, mit 3 aus der Realschule, im Bereich „Gesundheit und Pflege“ angemerkt werde, dass dieser Schwerpunkt ohne die Anmeldung der Realschule nicht mehr angeboten werden könne. „Im Bereich „Pädagogik“ hingegen bei 57 Anmeldungen, davon 14 aus der Realschule, dies perspektivisch nur 1-zügig angeboten werden könne. Es erscheint ihm problematisch, dass dies verzerrt dargestellt worden sei. Er ist der Ansicht, dass vielleicht ein Profil nicht mehr angeboten werden könne und teilweise in einem anderen Profil so viele Anmeldungen vorliegen, dass eine 2-Zügigkeit benötigt werde. Die Auswirkungen an den jeweiligen Schulen sei im Verhältnis zu setzen. So habe im Schulausschuss IGS-Lehrerin Grube ihre tiefe Enttäuschung über die Entscheidung des Stadtrates im November 2018 zum Ausdruck gebracht. Werde heute negativ beschieden, bekomme der zehnte Jahrgang keine Chance, eine eigene Oberstufe an der IGS zu besuchen. Weiter geht er auf die Kooperationsangebote der IGS ein mit der Möglichkeit der Harmonisierung der Stundenzeiten, des Stundenplanes, der Planungssoftware, gegenseitiger Unterstützung, Abordnungen, Fortbildung und gegebenenfalls der Möglichkeit einen zusätzlichen Kurs mit Sportprofil anzubieten. Er erinnert an die Worte Lühr Klees im Schulausschuss, der gesagt habe, „eine IGS ohne eine Oberstufe ist wie ein Haus ohne

*Dach*“. Er ist der Ansicht, dass eine Güteabwägung durchzuführen sei, bei der die BBS vielleicht ein Profil von sieben verliere, dagegen die IGS in Gänze ihr pädagogisches Konzept mit 70-80 Schüler\*innen ohne zukünftige Wahlmöglichkeit, eine eigene Oberstufe besuchen zu können. Die Elternbefragung habe aufgezeigt, dass 20 % weiterhin zur BBS wechseln werden. Er betont, dass viel Energie, viel Arbeit in die Analyse und die Bewertung der Oberstufenmodelle unter Einbeziehung aller Schulleitungen investiert worden sei. Jedoch bedauert er, dass keine Bereitschaft gezeigt werde, Fakten anzuerkennen und es an Vertrauen in die Argumente der Schulverwaltung und seiner Arbeit fehle. Weiter mangelt es an Wertschätzung der tollen Arbeit der letzten 6 Jahre gegenüber der IGS, Lehrer\*innen und Schüler\*innen. Er kritisiert unberechtigte Angriffe, Vorwürfe und Beleidigungen, die erfolgt seien. Es sei grenzwertig, dass ihm sogar Populismus vorgeworfen worden sei. Solche Vorwürfe seien ehrverletzend. Er betont, dass der Schulausschuss, mit stimmberechtigten Vertreter von Lehrern, Schülern und Eltern, vor zwei Tagen mit einer Abstimmung von 5 zu 7 die Einrichtung einer Oberstufe an der IGS beschlossen habe, da hier die pädagogische Arbeit bewertet werde. Er plädiert dafür, dass die Politik nicht dagegen votiert. Im Folgenden erinnert er daran, dass jede Klassenstufe der IGS mit einem Masterplan versehen worden sei; Raumkonzepte geschaffen, Schulempfehlungen unter Einbeziehung vorhandener Bauten gegeben worden seien und dass der Kostenrahmen eingehalten worden sei. Hierbei wurden insgesamt 14 Mio. Euro inklusive einer Sporthalle ausgegeben. Im Vergleich hierzu nennt er Bremervörde Land mit 35 Mio. Euro für das Gymnasium, weitere 35 Mio Euro für die BBS und Sottrum mit einem Jahrgang und einer Mensa mit 5,7 Mio. Euro anstatt 3, 4 Mio. Euro. Es habe dort keinen Aufschrei im Kreistag gegeben, so Bgm Weber, nur hier bei der eigenen Schule, bei der die Stadt Rotenburg Schulträger ist. Er führt aus, dass sich ihm im Schulausschuss ein „Trauerspiel“ zeigte, bei dem der Schülervertreter mutig seine Forderung zur Einrichtung einer Oberstufe an der IGS stellte und an ihm vorbei lachend gefeiert worden sei. Er erinnert an die gesammelten 1.500 Unterschriften, die Schüler\*innen und Eltern gesammelt haben. Er bringt vor, dass er im gestrigen Verwaltungsausschuss bereits angekündigt habe, dass bei ihm eine Schmerzgrenze erreicht sei und heute wohl überschritten werde. Er bittet um namentliche Abstimmung. Er unterstreicht, dass dies keine Erpressung sein soll und erklärt, dass er sich sehr eingesetzt habe und ihm seine Arbeit in Rotenburg viel Freude mache. Doch das, was er hier erlebe, habe ihn zu dieser Entscheidung veranlasst, seine Ankündigung konsequent umzusetzen. Er „klebe nicht an seinem Stuhl“. Weiter möchte er dem Stadtrat ins Gewissen reden, die Arbeit der IGS anzuerkennen und dafür zu stimmen. Er betont, wer mit Nein abstimme, müsse sich im Klaren sein, dass die IGS mit ca. 800 Schüler\*innen und 77 Lehrer\*innen „an die Wand gefahren“ werde. Im Folgenden führt er aus, dass es eine Abwanderung der Schüler\*innen und Lehrer\*innen mit gymnasialer Ausbildung zur Folge haben werde. Der Schulstandort Rotenburg werde sich in einer Schulwelt, die sich rundherum verbessert, verschlechtern. Fachkräfte werden Rotenburg als weniger attraktiv erachten. Er befürchtet, dass man landesweit über Rotenburg lachen werde, da hier die einzige IGS im Südkreis Rotenburg vom eigenen Schulträger „zerlegt“ werde. Er meint, dass sich dieser Streit Jahr für Jahr wiederholen werde und langfristig dem Schulfrieden in Rotenburg Schaden zufügen werde. Im Folgenden zitiert er ein E-Mail, die er von einem CDU-Mitglied erhalten habe: *„Hallo Andreas, ich wünsche dir starke Nerven für heute Abend. Was ist nun eigentlich mehr Wert, der eventuell breite Blumenstrauß aus viel Fächerangebot der Sofortgymnasiasten oder die Zukunftschancen für Spätstarter, die in ihren jungen Jahren Leitplanken brauchen wie eben eine Schule, die ihnen später auch ohne Umwege das Abitur anbietet. Kaum zu fassen, dass es da Blockierer gibt. Unser Kind konnte damals übrigens auch nicht ihren Wunschleistungskurs in der Schule belegen, weil der nicht genug Teilnehmer hatte. Das gab es früher und das wird es mit und ohne Oberstufe einer IGS auch in Zukunft geben. Leistungsfähigkeit zeigt sich auch durch gute Arbeit, trotz vermeintlicher Konkurrenz. Echte Kooperation kann es nur geben, wenn drei Oberstufen kooperieren und bei bestehenden Bereichen echte gemeinsame Kurse anbieten“*. Er hofft, dass die Ratsmitglieder als Schulträger dieser Verantwortung für Ihre Schule auch gerecht werden.

RV Leefers weist die Zuhörer auf die Geschäftsordnung hin, dass von Applaus und Bekundungen abzusehen ist.

RF Grafe schließt mit Ihrer Rede an, die als Anlage 1 beigefügt ist.

RH Dr. Rinck bezieht sich auf das Fragerecht, das vom Bgm in seiner Rede angesprochen wurde, und betont, dass dies eines der „Königsrechte“ eines Abgeordneten ist. Von diesem Fragerecht müsse auch zukünftig Gebrauch gemacht werden. Der aus Sicht der CDU-Fraktion wichtigste Aspekt gegen eine Oberstufe an der IGS, und für den Erhalt der beiden bestehenden Oberstufen, ist, dass die Kursvielfalt in der Oberstufe sich deutlich reduzieren würde. Da eine IGS-Oberstufe eine sehr kleine Oberstufe bilden könne, könne es nur ein ganz eng begrenztes Angebot an Kursen geben. Er meint, dass die Schüler\*innen, die dieses Angebot annehmen, zwangsläufig der BBS und dem Ratsgymnasium fehlen. Dadurch werde es auch dort zu einem Rückgang von Kursen und Wahlmöglichkeiten kommen. Er räumt ein, dass es sein mag, dass es in der Vergangenheit nicht zu einem wesentlichen Übergang von Schüler\*innen von der IGS auf das Ratsgymnasium gekommen sei. Er sehe jedoch mit einer dritten Oberstufe, dass es nach Überzeugung der CDU-Fraktion anders komme, so dass Schüler\*innen schon in der 5. Klasse sich für die IGS gegen das Ratsgymnasium entscheiden werden und nicht nach der 10. Klasse besuchen. Dies führe auch zu einer Verhinderung von Wahlmöglichkeiten aller drei Schulen. Er ist der Ansicht, dass mit einem Blick in den Nachbarkreis Osterholz-Scharmbeck zu sehen sei, wie stark die Verluste ausfallen. Dort haben sich die Schülerzahlen der BBS OHZ innerhalb von 3-4 Jahren halbiert, allerdings auch bei zwei Oberstufen an zwei integrierten Gesamtschulen. Zur angesprochenen Matrix führt er aus, dass er bereits in der Schulausschusssitzung bemerkt habe, dass diese von den Schulleitungen hätte erarbeitet werden müssen. Die CDU-Fraktion habe das Angebot des Bürgermeisters abgeschlagen, da hier die Auffassung vertreten wird, dass es zu keinem einheitlichen Ergebnis gekommen wäre. Er habe in der Schulausschusssitzung auch eine Matrix verteilt, aus der ein anderes Ergebnis hervorgegangen sei. Dies zeigt, dass die Bewertung subjektiv sei und die Meinungen bezüglich der Folgen unterschiedlich ausfallen. Zum mangelnden Demokratieverständnis betont er, dass es nicht gut sei, wenn mehrfach über ein und dasselbe Thema abgestimmt werde. Er bittet den Rat darüber nach zu denken, ob es so gedacht ist, dass es so oft in den Rat zu bringen sei, bis es dann „vielleicht mal durchgeht“. Bezüglich der Standorte weist er auf seine Recherche in Niedersachsen auf zwei Standorte hin, Rinteln und Burgwedel. Hier liegen auch drei Schulen vor, wie in Rotenburg, mit einer BBS, einem Gymnasium und einer IGS, die sich auf eine Kooperation geeinigt haben. Hier habe die IGS keine Oberstufe, sondern kooperiert für die Oberstufe und bereitet Schüler\*innen für einen Übergang auf BBS und Gymnasium vor. Er meint, je ländlicher es sei, desto weniger Gestaltungsmöglichkeiten seien gegeben. Das Kooperationsangebot auf Basis zweier Oberstufen, bei denen sich Ratsgymnasium und BBS aus seiner Sicht bewegt haben, erachte er als gut. Er ist der Ansicht, dies sei zum Wohle der Schüler\*innen und deswegen habe die CDU-Fraktion einen Antrag gestellt, dass eine Kooperationsvereinbarung getroffen werde, damit die Schüler\*innen für den Übergang vorbereitet werden.

RH Klammer erinnert an die Ratssitzung vergangenen Jahres, bei der kein entsprechender Antrag an die Landesschulbehörde eingereicht wurde, da der Rat es abgelehnt hatte. Nunmehr bittet der Schulvorstand und die Gesamtkonferenz der IGS die Stadt Rotenburg erneut um Einreichung eines Antrages zur Einrichtung einer Oberstufe. Er merkt an, dass die Prognosen deutlich zeigen, dass die Bevölkerung der Stadt Rotenburg sowie der angeschlossenen Ortschaften in Zukunft stetig wachsen werde und somit auch steigende Schülerzahlen mit sich bringe, die eine Auslastung aller drei Schulen gewährleiste. Die Beratung wurde in der Ratssitzung vom 15.08.2019 vertagt, um unter Einbeziehung aller Beteiligten, Verwaltung, Landkreis, BBS, Ratsgymnasium und IGS ein Ergebnis offenes, gemeinsames Oberstufenkonzept zu erarbeiten. Er ist der Ansicht, dass die vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass die positiven Aspekte einer IGS mit Oberstufe überwiegen. Er bedauert, dass in der Sitzung des Schulausschusses festzustellen gewesen sei, dass noch immer ein großes Konkurrenzdenken unter den Schulen herrsche. Ihm sei der Eindruck entstanden, dass die Diskussion „von immer mehr Egoismus geprägt wird“. Er betont, dass nur gemeinsam mit der Installation einer IGS-Oberstufe die gesamte Schullandschaft in Rotenburg erheblich aufgewertet werden könne. Die SPD-Fraktion sieht nicht, dass es Einschränkungen in der Vielfalt der Angebote für die Schüler\*innen der Oberstufen in Rotenburg geben werde. Vielmehr, dass durch entsprechende Kooperationen diese Vielfalt erhöht werden könne. Er erklärt,

dass bei den ganzen Diskussionen über eine IGS-Oberstufe der Eindruck erweckt worden sei, dass nur der Bürgermeister dies wolle. Dem sei nicht so, so RH Klammer. Es sind die Schüler\*innen, Eltern und Lehrer\*innen die wollen, dass die Kinder die Möglichkeit bekommen, auch einer Schule mit alternativem, pädagogischem Konzept ohne Schulwechsel das Abitur zu erlangen. Zu den Kosten führt er aus, dass der Ausbau der Realschule bedingt durch andere Konzeptionen der Klassenräume weitaus günstiger gestaltet werden könne. Er hofft, dass die hier aufgeführten Argumente die Ratsmitglieder veranlasst, über ihr Abstimmungsverhalten nachzudenken und für die IGS-Oberstufe zu stimmen. Es sei in letzter Zeit häufiger zu lesen gewesen, die Rotenburger Politiker gegen die eigene Schule arbeiten. Hierzu merkt er an, dass eine IGS mit Oberstufe die Schullandschaft in Rotenburg erheblich aufwerten werde und sich deshalb die Grünen, die SPD und der Bürgermeister weiter einsetzen werden. Er drückt seine Hoffnung aus, dass Andreas Weber Bürgermeister bleibe.

RH Hickisch unterstreicht, dass eine Entscheidung gegen eine IGS Oberstufe in Rotenburg einen gewollten Bankrott dieser, in der letzten Wahlperiode einstimmig beschlossenen, in der Trägerschaft befindlichen, Schulform bedeutet. Er betont, dass niemand später behaupten soll, er habe dies nicht gewusst oder gewollt. Er teilt nicht die von einer Vielzahl von Ratsmitgliedern vorgebrachten ideologischen Gründe, eine Weiterentwicklung der IGS in Rotenburg zu einer vollwertigen Schule zu verhindern. Dazu führt er aus, dass die IGS eine Schule ist, in der Kinder miteinander ihre Stärken entdecken und ihre Schwächen aufarbeiten und voneinander lernen können; an der Kinder breite soziale Erfahrungen lernen und leben können, ohne Schubladendenken; die sowohl auf eine Ausbildung oder ein Studium vorbereitet und die den bestmöglichen Schulabschluss für jedes Kind, unabhängig von seiner Herkunftsfamilie, forcieren. Er verstehe unter einem demokratischen Wettstreit, eine faire und sachliche Diskussion. Jedoch verdeutlicht er, dass parteipolitische Vorgaben und persönliche Angriffe, wie in der vergangenen Schulausschusssitzung, gegen den Bürgermeister, das Kollegium, die Elternschaft und die Kinder der IGS zu beobachten waren. Ihm erscheint ein konstruktives Miteinander im Stadtrat nur schwerlich möglich und erachtet es als verwerflich, da dies auf dem Rücken der städtischen Kinder geschieht. Er zitiert die Äußerung eines nicht namentlich zu nennenden Lehrers der BBS:

*„Joachim, das war zum fremschämen. Wie kann es sein, dass ein Mitglied unserer Schulleitung den Bürgermeister falsche Zahlen vorwirft, ohne konkret zu werden, dann nach Hause fährt und den Bürgermeister als Lügner darstellt. Wie kann es sein, wir als BBS führen soziale Kompetenzen in aller Munde und dann werden die Kooperationsergebnisse vom Ratsgymnasium und von der BBS vorgestellt und den Vertreter\*innen der IGS würdigte man keines Blickes. Warum wurde in den vorgestellten zwei-Stufen-Modell so getan, als ob die BBS-Schüler von der 5. bis 10. Klasse beschult worden sind und auf eine Oberstufe vorbereitet werden. Ich dachte, das sollte seriös sein“.* Er kritisiert das Feixen einiger Ratsmitglieder in der Schulausschusssitzung als der Schülervertreter das Recht für eine Oberstufe an seiner IGS einforderte. Weiter zitiert er die Äußerung eines Vertreters des Schulausschusses: *„Der Mittelstand als Motor unserer Gesellschaft benötigt gute Facharbeiter, gute Realschüler, gute Hauptschüler“.* Es erscheint ihm, dass also möglichst einem Teil von Schülern der Zugang zu mehr Bildung verwehrt werde und die Stadtpolitiker entscheiden, wer sein Abitur machen darf und wo. Er verdeutlicht anhand der Äußerung, zwei Kinder gut situerter Eltern müssen mangels Profilangebot nach Verden wechseln, aber die 80 Schüler\*innen der IGS werden mit keinem Wort erwähnt. Im Folgenden geht er auf die von Dr. Rinck erstellte Matrix ein, die er inhaltlich nicht bewerten wolle, da hier keine Einigkeit vorliegt und so viele Fehler enthalten seien. Er widerspricht mit Nachdruck, Dr. Rincks mehrfach gemachte Äußerung *„nach meinem Demokratieverständnis ist es unredlich, Anliegen im Rat erneut vorzulegen“.* Er ist der Auffassung, dass Anträge, die es zur Abstimmung gibt, vom Rat zu besprechen und zu überlassen sind. Im Weiteren führt er aus, dass am 20.01.2019 die IGS Rotenburg die Stadt Rotenburg als Schulträger gebeten hat, die Einrichtung einer Oberstufe bei der Landes-schulbehörde zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu beantragen. Er betont, dass nur diese Behörde die Fachkompetenz besitzt, über die Zulässigkeit der Einrichtung einer IGS-Oberstufe für Rotenburg zu entscheiden und verdeutlicht, dass die Stadt als Schulträger für die sachliche Ausstattung zuständig sei und nicht für die Schulpolitik. Er nimmt Bezug auf die Kooperation der genehmigten Oberstufe in Zeven und zitiert aus der Zevener Zeitung aus einem Kommentar von Andreas Kurt *„Alle ziehen an einem Strang ... Der Bildungsstand von Zeven*

stellt sich wirklich breit und zukunftsorientiert auf. Eine IGS ist nur dauerhaft lebensfähig wo Starke und Schwache und Spätentwickler gemeinsam lernen, Sozialkompetenz erwerben, Erfahrungen sammeln, Bildung ist unser wichtigstes Potential“. Rotenburg könne sich keinen Bildungsverlierer mehr leisten, so RH Hickisch, denn „eine IGS mit Oberstufe ist dem prosperierenden Rotenburg ein absoluter Standortvorteil“. Er bittet für eine Oberstufe zu stimmen.

RH Kohlmeyer ist der Ansicht, dass jeder von Kooperation rede, jedoch im Endeffekt jeder sein „eigenes Süppchen koche“. Er meint, Kinder oder Schüler\*innen werden vorgeschickt, um „Stimmung zu machen.“ Er betont, dass es seine Arbeitsgruppe sich ebenso schwer mit der Entscheidung getan habe. Er könne die ganze Diskussion nicht mehr nachvollziehen und fragt, was das für Androhungen seien, das Oberstufenthema mit zum nächsten Wahlkampf zu nehmen oder gar im Bürgerbegehren zu unterstützen oder mit dem Rücktrittsgesuch mit vorheriger Vertrauensfrage. Er ist der Ansicht, dass seine Arbeitsgruppe sich intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt habe, bei der Sache und auf Augenhöhe geblieben sei und deren Stand rechtzeitig nach Außen kommuniziert worden sei. Er meint, dies werde von verschiedenen Seiten so nicht akzeptiert. Zum Schulausschuss bemerkt er, wenn es nicht „so rund gelaufen ist“, dann sei das der persönlichen Erfahrung von der Gesamtsituation geschuldet gewesen und spiegelt nicht die Grundeinstellung der Arbeitsgruppe wider. Die Arbeitsgruppe werde ihrer Linie treu bleiben und sich nicht „dem Theater herum“ anschließen. Er wolle sich nicht Arroganz und Ignoranz vorwerfen lassen und stellt zur Frage, was daran falsch ist, wenn man Bedenken hat, dass sich die Schullandschaft in Rotenburg zum negativen verändern könne und nach anderen Möglichkeiten sucht, wie einer Kooperationsmöglichkeit mit zwei Oberstufen und diese auch zu fördern. An dieser gemeinschaftlichen Entscheidung aus einem langwierigen Entscheidungsprozess sei seiner Meinung nach nichts falsch. Zur Bewertungsmatrix bemerkt er, dass diese am Dienstag während des Schulausschusses als „das Maß aller Dinge“ beworben worden sei. Er zitiert die Begründung der Absage seiner Fraktion: *„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, dass Sie diese Absage der Arbeitsgruppe der WIR-FDP für sich zu nutzen wissen, ist uns bewusst, spiegelt aber auch gleichzeitig den Umgang mit Kritikern in der gesamten Diskussion der vergangenen Wochen wider.“* Es sei der Arbeitsgruppe bewusst, was es heißt, nur eine Oberstufe bei der Landesschulbehörde zu beantragen. Diese prüfe nur die Möglichkeiten, aber nicht, und darum geht es der Arbeitsgruppe, die Auswirkungen auf die Gesamtvielfalt in Rotenburg, so RH Kohlmeyer. Die Arbeitsgruppe WIR-FDP werde dem Antrag auf Einrichtung einer Oberstufe nicht zustimmen.

RH Holsten bezieht sich auf den Hinweis des Bürgermeisters, mit wie viel Hass in diesen Tagen den Kommunalpolitikern begegnet werde. Er meint, dass viele „sauer und enttäuscht“ für sich in Anspruch nehmen und teilt mit, dass auch er eine gewisse Wut in sich trägt, die offen gezeigt nicht in den Ratssaal gehöre. Jedoch unterstreicht er, dass sie ausgesprochen werden dürfe und kritisiert, wenn dies bewusst missverstanden und „einem jedes Wort schief ausgelegt“ werde. Er ist der Ansicht, dass es zur Politik gehöre, wenn man mit seiner Argumentation „immer wieder gegen Wände“ laufe. Der Umgang mit Ratskollegen, denen unterstellt wird, Kinder ihrer Zukunft zu berauben und der Umgang mit politischen Kontrahenten im Saal und in der Öffentlichkeit sowie in den sozialen Netzen mache ihn wütend. Dies sei genau das Gegenteil von anständigem, sozialem Verhalten. Er spricht seinen Respekt für die Ratsmitglieder aus, die eine ganze Reihe an Diffamierungen ertragen haben und trotzdem hier sitzen. Er berichtet von einer angeregten Diskussion mit einer Mutter einer IGS-Schülerin. Anhand dieses Beispiels unterstreicht er, dass obwohl die Argumente gegensätzlich gewesen seien, sie respektvoll auseinandergingen. Das Gespräch sei von größtem Respekt vor der anderen Meinung geprägt gewesen. Er zitiert Richard von Weizsäcker: *„Demokratie lebt vom Streit, von der Diskussion um den richtigen Weg. Deshalb gehört zu ihr der Respekt vor der Meinung des anderen“*. Er entschuldigt sich in aller Form, falls er, wem auch immer gegenüber, den Eindruck erweckt habe, nicht genug Respekt vor seine Meinung mitgebracht zu haben und hofft, dass der Rat zu normaler Kommunalpolitik zurückfindet. Er rät aufgrund des Ausmaßes in den sozialen Netzen davon ab, namentlich abzustimmen und beantragt die geheime Abstimmung.

RH Niestädt geht kurz auf das von Bgm Weber und RH Holsten angesprochene Thema der Verleumdungen ein, auf die er in den Mitteilungen ausführlicher Bezug nehmen wolle. Da sein Name ständig in der Rotenburger Kreiszeitung in bestimmten Zusammenhängen mit Abstimmungsergebnissen genannt worden sei, insbesondere zum Thema der IGS Oberstufe, führt er aus, dass er sich keinem Fraktionszwang unterwerfe. Er zitiert aus dem Pressebericht aus 2016, als er für den Stadtrat kandidierte: *„Die Partei ist für mich nicht entscheidend. Und sollte es mit dem Einzug in den Stadtrat klappen, kann sich die Fraktion sicher sein, ich werde meine kritische Einstellung zu bestimmten Dingen beibehalten und auch äußern“*. Zur IGS-Oberstufe meint er, seien alle Argumente ausgetauscht. Er erläutert, dass er zur Gründung der IGS noch Bürgermeister der Samtgemeinde Fintel gewesen sei, bei der er, aufgrund der Elternbefragung der umliegenden Gemeinden des Südkreises, die Prozedur begleitet habe. Er betont, dass es seine subjektive Meinung ist, dass dadurch erst die genehmigungsfähige Schülerzahl erreicht worden sei, um damit eine IGS in der Samtgemeinde Bothel zu verhindern, da die Stadt Rotenburg seinerzeit eine Oberstufe weder beantragt noch ins Gespräch gebracht habe. Er findet es traurig, wenn den Eltern, Schüler\*innen und Lehrer\*innen Versprechungen hinsichtlich einer zukünftigen Oberstufe gemacht worden seien. Doch sei es Fakt, dass 14 Mio. Euro in den Ausbau der IGS investiert wurden, mit der die Bildung insbesondere bei der IGS unterstützt worden sei. Aufgrund der ihm zugänglichen Informationen ist er zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Oberstufe an der IGS den gesamten Sekundarbereich II verändern werde. Dies hält er derzeit für nicht vertretbar. Er erachtet es als erforderlich, dass weitere Gespräche zwischen der Stadt, dem Landkreis, sowie den betroffenen drei Schulen stattfinden, um auf den Weg zu bringen, was Frau Prof. Hansen-Schaberg ins Gespräch gebracht hat.

RF Dembowski ist der Ansicht, dass der Rat in einer Beziehung zu einander stehe und zu einer guten Beziehung einige Grundlagen gehören. Zum einen sei dies Ehrlichkeit, zum anderen, die Fähigkeit, die Sichtweise des anderen anzunehmen, ihn wahrzunehmen, auch in seiner Kritik; vor allem jedoch Vertrauen. All dies komme zu kurz oder sei nicht vorhanden und dies habe die Auswirkung, dass es in der Ratsarbeit ungerecht werde. Sie hält es für ungerecht, wenn der Rat seiner Verantwortung nicht gerecht werde, in dem die IGS, die einstimmig ins Leben gerufen worden sei, nicht weiterentwickelt werde. Sie betont, dass der Rat der Schule und den Bürgern nicht gerecht werde, weil keine ernsthafte Bemühung, die Position der anderen auch zu sehen und eine Lösung zu entwickeln, angestrebt werde. Sie spricht von Misstrauen und Kampf, um jeden Zentimeter Boden beim Ausbau der Schule und fehlenden Mut, etwas weiter zu entwickeln. Damit sehe sie eine Vergeudung von Ressourcen und Möglichkeiten. Sie verdeutlicht, warum es notwendig ist, eine dritte Oberstufe zu entwickeln. Hierbei zitiert Sie RH Purrucker zum Hinweis der Zevener Oberstufe, der gesagt habe: *„Ach, das ist doch nur ein formal juristischer Schritt“*. Auf diesen Schritt macht sie aufmerksam, da dieser Schritt die Schule legitimiert, eine gleichberechtigte Position einzunehmen, um Gelder, Sachmittel und auch Personal von der Landesschulbehörde erhalten zu können. Sie weist darauf hin, dass Frau Prof. Hansen-Schaberg Möglichkeiten aufgezeigt habe, mit der mit Mut und Vertrauen etwas entwickelt werden könne. Hierzu werde jedoch ein gleichberechtigter Rahmen benötigt. Sie vergleicht es mit dem Symbol eines gleichschenkeligen Dreiecks, der in der Architektur die größte Stabilität und Tragfähigkeit sowie einen Rahmen bildet. Drei Oberstufen mit gleichberechtigter Position, um ihre Bedürfnisse und Möglichkeiten einzubringen, die alle Schüler\*innen bereichern. Sie findet RH Dr. Rincks Argument, die Wahlmöglichkeit sei am wichtigsten, gut und unterstreicht, dass 80 Schüler\*innen der IGS auch eine Wahlmöglichkeit, wie an den anderen Schulen, haben möchten. Eine Schule mit vollem Recht, einer guten Ausgangsposition für die Schulstufen 5-10, die auf eine heterogene Schülerschaft angewiesen ist. Sie bittet darüber nachzudenken, welche Chancen vergeben werden, wenn diese Möglichkeit zur Entwicklung nicht genutzt werde.

RH Grafe bezieht sich auf RH Dr. Rincks Erwähnung, dass dieser befürchtet, dass Schüler\*innen auch schon nach der 5. Klasse vom Ratsgymnasium wechseln werden und deswegen gegen die Oberstufe ist. Er erinnert daran, dass er bereits vor einem Jahr darauf aufmerksam gemacht habe. Dieser Wechsel findet bereits statt mit einer steigenden Quote, zur Eichenschule nach Scheeßel, so RH Grafe. Zu dem von Dr. Rinck vorgestelltem Modellbeispiel, dass drei Schulen mit zwei Oberstufen kooperieren, habe RH Dr. Rinck nicht erwähnt,

dass beide Schulen nicht über die notwendigen Schülerzahlen verfügten, um eine eigene Oberstufe zu bilden. Damit habe er nicht gleiche Situationen miteinander verglichen. Die Frage des Demokratieverständnisses sei ihm wichtig. Er zeigt Verständnis, wenn RH Dr. Rinck sich daran stört, wenn manches öfter abgestimmt werden müsse. Jedoch ist der Schulausschuss laut Verfassung ein Pflichtausschuss, der nicht nur aus Ratsmitgliedern, sondern auch aus Vertretungen der Schüler-, Lehrerschaft und Eltern gebildet wird. Er ist der Ansicht, dass dies aus gutem Grund sei, „nicht um hier Fehlkompetenzen aus dem Rat anbei zu geben“. Er erklärt, dass die Mitglieder dieses Ausschusses antragsberechtigt sind und wenn ein Schulvorstand beschließt, eine Oberstufe zu beantragen und „das einem nicht gefällt und dann Demokratieprobleme hat, dann habe man Demokratie nicht verstanden“, so RH Grafe.

RV Leefers erklärt, dass der Antrag des RH Holsten auf geheime Abstimmung dem Antrag des Bürgermeisters auf namentliche Abstimmung nach § 12 der Geschäftsordnung vorzuziehen ist, da dies mit einem Drittel der anwesenden Ratsmitglieder erfolgt. RV Leefers bittet RF Berg und RH Schwedesky die Stimmen auszuzählen.

Die Sitzung wird um 21:42 Uhr für eine kleine Pause unterbrochen.  
RH Jürgensen verlässt die Ratssitzung.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) lehnt mit 18 Nein-Stimmen, 15 Ja-Stimmen und bei 1 Enthaltung ab, bei der Landesschulbehörde die Errichtung einer Oberstufe an der Integrierten Gesamtschule (IGS) Rotenburg zum Schuljahresbeginn 2020/21 zu beantragen.

## **TOP 8      Änderung der Geschäftsordnung des Rates**

VorlNr.  
0712/2016-2021

---

Die Sitzung wird um 21:53 Uhr fortgesetzt.

RV Leefers liest den aus der Verwaltungsausschusssitzung modifizierten Absatz vor und lässt abstimmen.

### **Beschluss:**

„Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) stimmt der Änderung des § 21 der Geschäftsordnung des Rates, mit folgendem Text zu Abs. 7, einstimmig zu:

- (7) Die Fachausschüsse tagen grundsätzlich am Donnerstag um 18:30 Uhr. In begründeten Ausnahmefällen kann die Sitzung auf einen Montag, Dienstag oder Mittwoch verlegt werden. Freitage sind grundsätzlich nicht für Fachausschusssitzungen vorgesehen.“

## **TOP 9      Änderung der Straßenreinigungssatzung und -verordnung**

VorlNr.  
0705/2016-2021

---

### **Beschluss:**

Der Rat beschließt einstimmig

- a) Die 8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen, Wege

und Plätze in der Stadt Rotenburg (Wümme) (Straßenreinigungssatzung)

- b) Die 14. Verordnung zur Änderung der Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Rotenburg (Wümme) (Straßenreinigungsverordnung)

**TOP 10      Dauerhafte Verlegung des Wochenmarktes am Mittwoch vom  
Am Neuen Markt zum Pferdemarkt**      VorlNr.  
0446/2016-2021/1

---

RH Dr. Rinck führt aus, dass dies keine einfache Entscheidung sei, da man auf der einen Seite dem Neuen Markt einerseits den Markt nicht entziehen wolle und auf der anderen Seite die Marktbesucher den Pferdemarkt bevorzugen. Er merkt an, dass die Abstimmung für die CDU-Fraktion frei sei.

RH Gori erinnert an die kontroverse Diskussion aus dem Ausschuss für Wirtschaftsförderungs- und Fremdenverkehrsausschuss, die gezeigt habe, dass viele Bürger sich wünschen, dass der Markt Am Neuen Markt belassen werde. Wegen des Weihnachtsmarktes sei auf den Pferdemarkt ausgewichen worden, so dass sich herausstellte, dass die Marktbesucher dort bleiben wollen. Auch die SPD-Fraktion werde frei abstimmen.

RH Schwedesky ergänzt, dass auf der einen Seite zu berücksichtigen sei, was die Marktbesucher wollen, denn er sehe, dass bei weniger Umsatz sonst auch der Markt auf dem Pferdemarkt gefährdet sei. Auf der anderen Seite weist er auf die Nachteile des Bereiches des Neuen Marktes, Soltauer Straße und Harburger Straße hin. Er appelliert an Rat und Verwaltung, sich Gedanken zur Stärkung des Neuen Marktes zu machen.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt bei 14 Ja-Stimmen, 10 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen mehrheitlich, die 2. Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung der Wochenmärkte (Wochenmarktsatzung). In dieser wird der Wochenmarkt am Mittwoch dauerhaft auf den Pferdemarkt verlegt.

**TOP 11      Ratsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Verbesserung der Sicherheit und des Verkehrsflusses im Bereich der Gerberstraße vom 03.05.2019**      VorlNr.  
0584/2016-2021

---

**Beschluss:**

Der Rat nimmt Kenntnis, dass die beantragten Maßnahmen in der Gerberstraße nicht veranlasst werden.

**TOP 12      Ratsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einrichtung einer Linksabbiegespur für Fahrradfahrer\*innen auf der Fahrbahn im Bereich Einmündung der Gerberstraße in die Mühlenstraße vom 03.05.2019**      VorlNr.  
0585/2016-2021

---

**Beschluss:**

Der Rat

- a) beschließt bei 4 Enthaltungen einstimmig, die beantragte zusätzliche Linksabbiegespur für Radfahrende abzulehnen und

- b) nimmt davon Kenntnis, dass die gewünschte Verbreiterung an der Einmündung vor Fa. Hamelberg voraussichtlich 2020 erfolgen wird.

**TOP 13      Antrag der CDU / Freie Wähler - Fraktion vom 20.05.2019 zur  
Einrichtung einer Fahrradstraße in der Goethestraße**      VorlNr.  
0592/2016-2021/1

---

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

**TOP 14      Bebauungsplan Nr. 121 - Am Kirchhof -; Beratung und Be-  
schluss über die Stellungnahmen aus der öffentlichen Ausle-  
gung, der Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger  
öffentlicher Belange und Satzungsbeschluss**      VorlNr.  
0673/2016-2021

---

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt erhebt die Vorschläge des Bürgermeisters zu den eingegangenen Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Beschluss.
2. Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, den Bebauungsplan Nr. 121 – Am Kirchhof – gemäß § 10 BauGB als Satzung und die Begründung.

**TOP 15      17. Änderung des IV. Flächennutzungsplanes, Teil B, Waffensen (Sozialstation) und Bebauungsplan Nr. 15 von Waffensen - Sozialstation -; Beratung und Beschluss über die Stellungnahmen aus der Wiederholung der öffentlichen Auslegung, der Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange und Satzungsbeschluss**      VorlNr.  
0674/2016-2021

---

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt erhebt die Vorschläge des Bürgermeisters zu den eingegangenen Stellungnahmen aus der Wiederholung der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Beschluss.
2. Der Rat der Stadt beschließt einstimmig die 17. Änderung des IV. Flächennutzungsplanes, Teil B, Waffensen (Sozialstation) gemäß § 10 BauGB und die Begründung.
3. Der Rat der Stadt beschließt einstimmig den Bebauungsplan Nr. 15 von Waffensen – Sozialstation – gemäß § 10 BauGB als Satzung und die Begründung.

**TOP 16      Annahme und Weiterleitung von Spenden (Zuwendungen)  
über 2.000 Euro**      VorlNr.  
0702/2016-2021/1

---

Zur erstgenannten Spende fragt RH Niestädt, ob die Spende auf den ARS oder auf die Förderung des Sports lautet, da nicht alle Vereine in der Arbeitsgemeinschaft Sport seien.

Bgm Weber antwortet, dass die Spende sich auf die Förderung des Sports bezieht und auf die ARS übertragen werde, die dies auf die einzelnen Sportvereine verteilt. Hinsichtlich der Frage, dass es auch Sportvereine gibt, wie z.B. dem RSV, die nicht daran beteiligt sind, er-

widert er, dass diesem anteilig je nach Anzahl der Mitglieder, auch eine Summe zuerkannt werde und es damit unabhängig von einer ARS-Mitgliedschaft sei.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig folgende Zuwendung (Spende) über 2.000 Euro anzunehmen und für den genannten Zweck zu verwenden bzw. weiterzuleiten:

<b>Name des Zuwenders/ der Zuwenderin</b>	<b>Geld-/ Sachleistung</b>	<b>Betrag in Euro</b>	<b>Hinweis zur Verwendung</b>	<b>Eingang</b>
Stiftung der Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH	Geldleistung	5.500,00	Förderung des Sports	28.10.19
Sozialfonds Rotary Club Wümmeland	Geldleistung	2.500,00	Förderung der Erziehung	11/2019

---

**TOP 17 Verweisung von Ratsanträgen in die zuständigen Fachausschüsse:** VorlNr.

---

**TOP 17.1 Einrichtung eines öffentlichen Spiegeleinstellplatzes für LKW und dessen örtliche Ausschilderung; Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 04.11.2019** VorlNr. 0706/2016-2021

---

Der Antrag wird in den Ausschuss für Straßen- und Tiefbau verwiesen.

**TOP 17.2 Aufnahme eines Hinweises in allen zukünftigen Bauplanungen, dass Schotteranlagen statt Grünflächen unzulässig sind; Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 02.11.2019** VorlNr. 0707/2016-2021

---

Der Antrag wird in den Ausschuss für Planung und Hochbau verwiesen.

**TOP 17.3 Einrichtung einer halben Stelle (Techniker\*in TVÖD 9 bis 10) im Amt 6 für das Energiecontrolling der Gebäude der Stadt Rotenburg inkl. Kläranlage sowie Softwarebeschaffung für Datenverarbeitung und -auswertung im Rahmen der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2020; Antrag B90/Die Grünen vom 08.11.2019** VorlNr. 0713/2016-2021

---

Bgm Weber rät dazu, dies fachlich im Ausschuss für Planung und Hochbau zu beraten und gibt zu bedenken, dass dies nicht innerhalb von 14 Tagen in den Haushaltsberatungen entschieden werde. Es solle frühzeitig im neuen Jahr diskutiert werden. Er bemerkt, dass die Planstelle jederzeit nachgebessert und dem Landkreis angezeigt werden könne.

RF Dembowski stimmt dem zu.

**TOP 17.4 Einstellung von 80.000 Euro für die Beauftragung eines Ingenieurbüros mit der Erstellung eines Verkehrsentwicklungsplanes für die Stadt Rotenburg (Wümme) in den Haushalt 2020**

VorlNr.  
0715/2016-2021

---

Bgm Weber merkt an, dass dies bereits in einer Ausschusssitzung diskutiert worden sei, dies auf die zu beratende Liste für die Haushaltsberatung im Finanzausschuss zu nehmen. Er teilt mit, dass 60.000 Euro eingestellt seien und 20.000 Euro über die Liste zu entscheiden sind, so dass es 80.000 Euro ergeben werde.

Dem wird zugestimmt.

**TOP 17.5 Sofortige Beendigung der Planung Radweg Rotenburg-Brockel; Antrag der WIR vom 21.11.2019**

VorlNr.  
0716/2016-2021

---

RH Schenckenberg schlägt die Verweisung in den Finanzausschuss vor.

Bgm Weber erwidert, dass dies ein Thema für den Ausschuss für Straßen- und Tiefbau sei, da es grundsätzlich um die Radwege gehe. Der Antrag habe keine Auswirkungen für das Haushaltsjahr 2020, da es sich um eine Planung für das Jahr 2021 handelt.

RH Kohlmeyer bittet darum, den Antrag zunächst in den Finanzausschuss zu verweisen, er wolle sich am Folgetag melden.

RV Leefers nimmt dies auf, dass der Antrag gegebenenfalls danach im neuen Jahr im Ausschuss für Straßen- und Tiefbau beraten werde.

**TOP 18 Mitteilungen und Anfragen**

VorlNr.

---

**TOP 18.1 Pixiebuch "Was macht meine Gemeinde - Ein Tag mit dem Bürgermeister"**

VorlNr.

---

Bgm Weber teilt mit, dass der Nds. Städte- und Gemeindebund das Pixiebuch „Was macht meine Gemeinde – Ein Tag mit dem Bürgermeister“ herausgegeben habe. Aufgrund der in den Kinderlektüren Benjamin Blümchen und Bibi Blocksberg dargestellten, korrupten und eigensüchtigen Bürgermeister gegen die Benjamin Blümchen und Bibi Blocksberg ankämpfen, sei dieses Pixiebuch erstellt worden. Er bittet den Rat, zu gestatten, einige Hundert Exemplare zur Ausstattung der städtischen Schulen zu beschaffen.

**TOP 18.2 "Shitstorm" - Verleumdungen**

VorlNr.

---

RH Niestädt habe diverse Postkarten mit Verleumdungen erhalten. Er sieht sich veranlasst, einiges bezüglich seiner Person klar zu stellen. Seit seinem Eintritt in die CDU-Fraktion erhalte er diese Postkarten, so dass er bereits Strafanzeige gestellt habe. Er weist darauf hin, dass er keiner Partei angehört und keinen Fraktionszwang akzeptiert. Dies sei von allen drei Fraktionen, mit der er gesprochen habe, akzeptiert worden. Vor seinem Eintritt in die CDU-Fraktion habe er vier Wochen lang die Fraktionssitzungen der SPD und der CDU besucht, um sich ein Bild über deren Arbeit zu machen. Hierüber seien beide Fraktionen informiert gewesen. Für ihn sei es selbstverständlich, über die dort gehörten Informationen zu schweigen. Seine Entscheidung für die CDU-Fraktion habe er aufgrund zehn Punkte getroffen. Er nennt das Beispiel, dass ihm in der CDU-Fraktion ermöglicht werde, sich im Rahmen seiner

Interessen, Finanzen und Sport, in den Ausschüssen zu engagieren. Er erwähnt, dass er über die Liste in den Stadtrat gekommen sei, so wie Frau Grafe. Sie sei drei Monate vor ihm aus der SPD-Fraktion ausgetreten. Nach seiner Auffassung von Journalismus, hätte dies auch recherchiert werden können.

RF Grafe äußert, sie habe nicht die Partei verlassen, sondern lediglich die Fraktion. Es gibt Ratsmitglieder, die ihre Partei verlassen haben und gewechselt sind. Sie wisse nicht, warum er sie an den Pranger stelle. Auch RH Grafe äußert sich kurz hierzu, doch wird im Folgenden eine weitere Debatte zu diesem Thema von RV Leefers unterbunden.

Die Sitzung wird um 22:16 Uhr geschlossen.

gez. Bürgermeister

gez. Vorsitzende/r

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.